



# Thurgauer Akzente

Aktuelles der Evangelischen Volkspartei

Nr. 45 / Mai 2026

## Inhalt

### Schwerpunkt

Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz», S. 1

### Leitartikel

Drohungen nach Coming-out, S. 2

### Thurgauer Politik

EVP-Mandatsträger: Sibylle Treu, S. 3  
Verfassungsänderung Finanzkompetenz, S. 3

Der Grüne Güggel, S. 5

Religiöse Symbole in der Schule, S. 5

### Eidgenössische Politik

Refer. Revision Zivildienstgesetz, S. 4

Gerechter: Die Fairness-Initiative, S. 4

## Parolen

### Verfassungsänderung

Finanzkompetenz: JA

Referend. Zivildienstgesetz: NEIN

VI «Keine 10-Mio. Schweiz»: NEIN

## Volksinitiative «Keine 10-Millionen-Schweiz!» (Nachhaltigkeits-Initiative)

Die Initiative der SVP verlangt, dass der Bund ab der Einwohnerzahl von 9,5 Mio. Massnahmen ergreifen muss, um die Bevölkerungszunahme zu bremsen. Sie darf bis 2050 die Zahl von 10 Mio. nicht übersteigen.

### Ausgangslage

Ende 2025 betrug die Einwohnerzahl 9,1 Mio. Im Jahr 2025 wanderten 165'000 Personen legal ein, zusätzlich 25'781 Asylmigranten aus der ganzen Welt und 12'897 Personen mit *Schutzstatus S* aus der Ukraine. Es wird erwartet, dass die Zahl von 9,5 Mio. im Jahr 2031 erreicht wird.

### Ziele der Initiative

Schutz der Umwelt; dauerhafte Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen sowie der Leistungsfähigkeit der Infrastrukturen, der Gesundheitsversorgung und der Sozialversicherungen; Behebung von Dichtestress und Wohnungsnot sowie der aufwändigen Integration in den Arbeitsmarkt und in die Schulen.

### Massnahmen gemäss Initiativtext

Überschreitet die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz vor dem Jahr 2050 9,5 Mio. Menschen, so treffen der Bundesrat und die Bundesversammlung Massnahmen zur Einhaltung des Grenzwertes, **insbesondere im Asylbereich und beim Familiennachzug**. Ab dem Zeitpunkt der Überschreitung erhalten vorläufig Aufgenommene keine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung, kein Schweizer Bürgerrecht und kein anderweitiges Bleiberecht. Vorbehalten sind die zwingenden Bestimmungen des Völkerrechts. Der Bundesrat strebt ausserdem die Neuverhandlung internationaler Übereinkommen oder die Aushandlung von Ausnahme- oder

Schutzklauseln an. Ab 10 Mio. Einwohnern folgen die **Kündigung von Abkommen mit der EU, insbesondere des Personenfreizügigkeitsabkommens**.

### Persönliche Beurteilung

- Die Forderung nach einer nachhaltigen Entwicklung unterstützen wir, allerdings in massvollem Rahmen.
- Dass fast nur im Asylbereich und beim Familiennachzug gespart werden soll, lehnen wir klar ab. Das entspricht nicht den Grundwerten der EVP. Zudem wird das hier mögliche Einsparpotenzial kaum genügen. Denn rund 80% der Eingewanderten sind Arbeitskräfte aus der EU, teils mit Familie.
- **Das Chaos wäre unvermeidlich, denn weniger als ein Jahr bestehende Arbeitsverträge müssten gekündigt werden. Nicht nur im Gesundheitswesen würde der Personalmangel zu enormen Problemen führen.**
- Der Bundesrat hat durch die bilateralen Verträge die Möglichkeit, die Zuwanderung bei sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu beschränken.
- Die Wohnungsnot ist teilweise hausgemacht. Viele Einfamilienhäuser sind nur mit 1-2 Personen bewohnt statt mit Familien oder WGs.
- Die Integration könnte gefördert werden, indem man vorläufig Aufgenommene arbeiten lässt und endlich die Asylgesuche schneller erledigt. Damit würde der Bedarf an ausländischen Arbeitskräften sinken.
- Weitere Massnahmen sind zu prüfen: Die starre Forderung nach einem jährlichen Wirtschaftswachstum ist zu hinterfragen, weil sie die Einwanderung von zahlreichen Arbeitskräften bedingt. Massnahmen gegen den Klimawandel sowie eine wirksame Entwicklungshilfe helfen, Migrationsströme zu verhindern.

Fazit: Wir empfehlen, Nein zu stimmen.

[judith.huber@evp-thurgau.ch](mailto:judith.huber@evp-thurgau.ch)  
[regula.streckeisen@evp-thurgau.ch](mailto:regula.streckeisen@evp-thurgau.ch)

Post CH AG

AZB  
9320 Arbon



Foto: trendfoto

## Zuversicht

### Liebe Leserinnen und Leser

Keine 10-Millionen-Schweiz, Rassismus, Kriminalität, Kriege – das sind Themen, die uns im Moment beschäftigen. Wie agiert die EVP in der aktuellen Situation? Was können wir politisch bewirken? Die EVP sieht hinter dem Fremden den Mitmenschen mit seinen Bedürfnissen und Schwierigkeiten.

In der Bibel werden wir immer wieder daran erinnert, Fremden gegenüber freundlich zu sein, Hilfe und Arbeit anzubieten. Das ist der Leitfaden, nach dem die EVP politisiert. Sie setzt sich daher für machbare, menschliche und nachhaltige Lösungen ein. Bei schwierigen Themen wie Menschenhandel, hilft die EVP nicht nur, sondern konfrontiert und will Grenzen setzen.

Um bei der 10-Millionen-Schweiz Initiative richtig entscheiden zu können, brauchen wir besonders die Leitung von Gott. Wenn wir uns nach den Massstäben der Bibel ausrichten, kann unsere Gesellschaft funktionieren, auch wenn viele verschiedene Menschen in der Schweiz leben. Deshalb braucht es in unserer politischen Landschaft mehr denn je eine christliche Partei, wie die EVP eine ist.

In Psalm 33 steht, dass Gottes Pläne immer Bestand haben. Dieses Fundament gibt mir Zuversicht und Mut, weiter in der EVP tätig zu sein. Diese Zuversicht wünsche ich auch Ihnen, liebe Leserinnen und Leser.



Judith Huber,  
Co-Redaktorin,  
judith.huber@  
evp-thurgau.ch

### Leitartikel

## «Drohungen nach Coming-out erschüttern EVP»

So titelte «20 Minuten» einen Bericht über Lea Blattner. Nach Jahren des Engagements in den Vorständen der EVP und der jungen EVP (CH und BL) trat sie im Herbst 25 von allen Ämtern zurück. Die Umstände des Rücktritts erhielten ein riesiges Medienecho. Und mittendrin die Frage, wie die EVP mit Homophobie umgeht. Nachdem Lea sich als lesbisch geoutet hatte, erlebte sie heftige Reaktionen. Während einige ihren Mut lobten, reagierten andere mit Ablehnung und einzelne gar mit Gewaltandrohung, wenn sie die Partei nicht verlasse. Der anonyme Absender steht der EVP vermutlich nahe.

Die Not von Lea war riesig. Wer nicht heterosexuell empfindet, leidet zuerst einmal, weil man anders ist. Das verunsichert. Im christlichen Umfeld wird dies durch den Vorwurf der Sünde verstärkt. Wer dann in der Seelsorge «Befreiung» sucht, erlebt diese unter Umständen als demütigend und im Fall von Misserfolg als sehr frustrierend. Drittens folgt der krasse Druck rund um die Frage, ob man ein Coming-out wagt. Überwindet man sich dazu, warten – wie in Leas Fall – Ablehnung und Drohungen. Es ist auf einer persönlichen Ebene völlig verständlich, dass man sich wünscht, es wäre nie so weit gekommen und niemand anderes müsse das durchmachen. **Leas Vorschlag ist darum, Konversionstherapien zu verbieten.**

Trotz Verständnis glaube ich, dass ein Verbot von Konversionstherapien ein Kurzschluss ist. Warum?

**Ein Verbot schafft neue Diskriminierung. Wo vorher Menschen aus dem LGBTQ-Spektrum Diskriminierung erlebten, sind es neu Menschen, die an Veränderung und die Möglichkeit innerer, seelischer oder geistlicher Prozesse glauben.**

Ein Verbot verhindert Veränderung. Ich kenne Menschen, die durch ihren Glauben, durch Gebet und Seelsorge eine reale Transformation durchgemacht haben und damit zeigen, dass eine Veränderung der geschlechtlichen Ausrichtung ohne emotionale Erniedrigung möglich ist.

Ein Verbot wäre willkürlich: Die Gesellschaft erlaubt heute, dass der Mensch sein Geschlecht wählen kann. Und wir unterstützen Geschlechts-Konversionen auf Kosten der Krankenkasse. **Es macht doch keinen Sinn, körperliche Eingriffe zur Konversion des Geschlechts zu subventionieren, aber die Umwandlung der Ausrichtung zu verbieten.** Das ist nicht nur Menschen mit zwei ungleichen Ellen, sondern Willkür. Nochmals: Im einzelnen Fall ist der Wunsch nach einem Verbot verständlich, aber die Aufgabe der Politik ist es, den Überblick zu bewahren und Lösungen zu suchen, welche Probleme nicht dadurch «löst», dass sie einfach verschoben werden.

Eine Reaktion braucht es dennoch. Drohungen, jahrelanges Leiden und ein Aufschrei in den Medien lösen sich nicht, indem man einfach wegschaut oder Gras drüber wachsen lässt. Gleichzeitig kann ein liberaler Umgang mit Homosexualität nicht die Lösung sein für eine Partei, die sich bewusst am biblischen Menschenbild orientiert. Gefragt ist daher Realpolitik anstelle von Idealismus. Homosexuell empfindende Menschen gehören zur Gesellschaft und gehören respektiert. **Gut, dass die EVP Schweiz den anonymen Drohungen nachgeht und falls nötig ein Parteiausschluss der drohenden Person erfolgt.**

Dann scheint mir ein sorgfältiger und reflektierter Umgang in der Seelsorgepraxis wichtig. Die Grenzen zum geistlichen Missbrauch sind oft



Bild: ChatGPT

unsichtbar und viel zu schnell überschritten. Hier braucht es Glaube UND Verantwortung, Liebe UND Grenzen, sowie die Fähigkeit Spannungen und ausbleibende Wunder auszuhalten. Und das geht einfacher, wenn wir uns daran orientieren, wie Jesus mit Menschen umging, die nicht ins damalige Bild eines perfekten Gläubigen passten.

michael.zingg@evp-thurgau.ch

# Sibylle Treu – neu im Vorstand der EVP Frauen Schweiz

Während aktuell auf TikTok und Instagram einzelne Junge ein veraltetes Frauenbild verherrlichen, zeigt eine Begegnung mit Sibylle Treu, dass es auch ganz anders gehen kann.

## Echtes Kind der 68 Jahre

Geboren im Jahre des Aufbruchs, wuchs Sibylle in einer Familie auf, in der Bildung zentral war. «Der Vater, Altphilologe, sass immer am Schreibtisch und ich bin heute genau gleich.» Bildung, Wissen und Glauben sind aus ihrer Sicht keine Widersprüche, sondern gehören zusammen, und auf dieser Basis kann Politik entwickelt werden. Das heisst vor allem, dass man sich mit neuen Gegebenheiten offen auseinandersetzt und nicht auf ewigen Standpunkten beharrt.

Aktuell studiert Sibylle an der katholisch geprägten Universität Luzern christliche Sozialethik und Judaistik. In der von ihr bewunderten jüdischen Diskussionskultur werden verschiedene Meinungen offen diskutiert, die jedoch nicht zwingend in Einigkeit münden müssen. Dass das in der EVP ebenfalls gelebt wird, ohne bei Differenzen die sachliche Ebene zu verlassen, motiviert Sibylle, sich in unsere Partei einzubringen.

## Vielfältiges Engagement

Während der Coronazeit wuchs in Sibylle die Gewissheit, in die christlich geprägte EVP einzutreten. Der Eintritt war nicht von Abwarten geprägt, sie übernahm geradewegs das Amt der Aktuarin im Bezirk Weinfelden. Als bald darauf für die Kantonalpartei eine Sekretärin gesucht wurde, sagte sie im September 2021 ebenfalls zu und erfüllte die Aufgabe während vier Jahren mit grossem Engagement.

## Viel mehr als eine Schreibkraft

Auf einem Sekretariat laufen die Fäden zusammen und man ist am Puls einer Partei. Wenn man dann noch die Arbeit am Computer schätzt und sich gerne mit graphischer Gestaltung und Datenverarbeitung beschäftigt, ist das nahezu eine perfekte Aufgabe.

Betrachtet man Sibylles Faszination für Grundsatzdiskussionen, ihre strategische Ausrichtung und auch ihre Lust und Freude am Verfassen von Texten, scheint es logisch, dass die Anfrage für eine Mitarbeit im Vorstand der EVP Frauen Schweiz im Sommer 2025 auf offene Ohren stiess. Dort geht es einerseits darum, die Anliegen von Frauen in die Parteileitung zu tragen, andererseits, durch nationale Veranstaltungen und regionale Netzwerkanlässe Frauen zu ermutigen und zu stärken, sich in der Öffentlichkeit zu engagieren.

Die EVP Frauen, zu denen übrigens automatisch alle weiblichen EVP Mitglieder gehören, setzen sich für frauenspezifische Themen ein, wobei «Menschenhandel und Ausbeutung» seit Jahren ein besonderes Herzensthema bleibt.



## Keine Angst vor heiklen Fragen

Immer wieder blitzt im Gespräch die Freude an der Diskussion über grundsätzliche Fragen auf:

Wie überzeugen wir Menschen auch ohne christliche Grundhaltung mit guten Argumenten davon, dass unsere politischen Anliegen sinnvoll und richtig sind? Wie bewegen wir Menschen, die via Smartvote feststellen, dass wir ihre Anliegen vertreten, dazu, eine Partei, die sich zum Christentum bekennt, zu wählen? Müssen wir unseren Namen anpassen, wie es die ehemalige CVP gemacht hat, damit wir gesellschaftlich anschlussfähig zu bleiben? Wie schaffen wir es, dass wir in einer Welt der schrillen Töne wahrgenommen werden, ohne unsere Werte zu verleugnen?

Sibylle schafft es, nicht nur gedanklich spannend unterwegs zu sein, sondern ist bereit, sich konkret zu engagieren. Wenn das in Zukunft weniger aktuarische Arbeit bedeutet, stört sie das nicht, aber **Mitmachen heisst für sie seit jeher mehr als nur Mitdenken.**

[juerg.schorro@evp-thurgau.ch](mailto:juerg.schorro@evp-thurgau.ch)

# Finanzkompetenz

Verfassungsänderung – Im Herbst 2025 hat der Grosse Rat einer Anpassung der Finanzkompetenz von Rat und Regierung mit überwältigendem Mehr zugestimmt. Da mit diesem Entscheid eine Änderung der Kantonsverfassung nötig wird, braucht es eine Volksabstimmung.

## Zu lange keine Anpassung

Seit über 25 Jahren wurden die Finanzkompetenzen vom Grossen Rat und Regierungsrat nicht mehr angepasst. In der Diskussion im Grossen Rat standen praktisch alle Parteien hinter der Ansicht, dass die vorgeschlagene Erhöhung – eine Verdoppelung der jeweiligen Finanzkompetenzen – längst überfällig sei. Diese ermöglicht den beiden Gremien, bei Projekten, die dem Kanton Thurgau Chancen bieten, zeitnah zu agieren.

## Die neuen Zahlen

Mit den aktuellen, nicht mehr zeitgemässen Finanzbefugnissen liegen die Grenzen für ein solches Handeln zu tief und behindern zu oft ein angebrachtes Vorgehen. Künftig unterstehen Beschlüsse des **Grossen Rates**, die eine **einmalige Ausgabe** von mehr als **6 Millionen Franken** auslösen, einer Volksabstimmung. Bei **wiederkehrenden Ausgaben** liegt die **Grenze bei 1,2 Millionen Franken.**

Folgende Werte werden bei Annahme dem **Regierungsrat** zugestanden: **einmalige Ausgaben bis Fr. 200'000.–** und **wiederkehrende bis Fr. 40'000.–.**

## Einigkeit im Parlament

Quer durch alle Parteien und mit den Stimmen der EVP-Kantonsräte wurde die längst fällige Anpassung durchgewunken. Der zuständige Regierungsrat Urs Martin freut sich, endlich mehr Handlungsspielraum zu bekommen als der Gemeinderat von Gachnang!

[juerg.schorro@evp-thurgau.ch](mailto:juerg.schorro@evp-thurgau.ch)

# Zivildienst retten! Referendum gegen die Änderung des Zivildienstgesetzes

Das Parlament hat eine weitreichende Revision des Zivildienstgesetzes angenommen, welche den Zivildienst massiv angreift.

## Ende der Kriminalisierung

1976 weigerte sich mein Freund aus christlicher Motivation heraus, Militärdienst zu leisten. Für diese Überzeugung ging er 6 Monate ins Gefängnis und galt als vorbestraft – behandelt wurde er wie ein gewöhnlicher Krimineller, der eine Straftat begangen hat.

Im gleichen Jahr stimmten die eidgenössischen Räte dem folgenden Entwurf zu: «Wer die militärische Erfüllung der Wehrpflicht aus religiösen oder ethischen Gründen mit seinem Gewissen nicht vereinbaren kann, leistet einen gleichwertigen zivilen Ersatzdienst.»

## Tatbeweis anstatt Gewissensprüfung

Erst am 17. Mai 1992 stimmten Volk und Stände dem Grundsatz eines zivilen Ersatzdienstes zu, der 1996 endlich eingeführt wurde. Bei der ersten Revision des Gesetzes stellte Heiner Studer EVP in der Sicherheitspolitischen Kommission den Antrag, den Tatbeweis anstelle der umstrittenen Gewissensprüfung einzuführen. Doch erst seine entsprechende Motion von 2004 führte dazu, dass auf den 1. April 2009 der Tatbeweis endlich Realität wurde.



Foto: Bundesamt für Zivildienst

## Rückschritt

Durch die nun vom Parlament beschlossenen Änderungen würden Zivis und solche, die es werden wollen, durch verschiedene Massnahmen massiv schikaniert:

- Der erste Einsatz muss im ersten Jahr nach der Zulassung geleistet werden; ungeachtet der persönlichen Situation.
- Jedes Jahr müssen mindestens 26 Dienstage geleistet werden, auch wenn später längere Einsätze geplant wären.
- Bei einem Wechsel von der Rekrutenschule in den Zivildienst muss ein mindestens 180 Tage dauernder Dienst im Folgejahr geleistet werden.

## Ein falscher Weg

Heutige Zivis stellen mit der Bereitschaft, das 1.5 fache an Diensttagen zu leisten, den Gewissenskonflikt verfassungskonform unter Beweis.

Wer in Zukunft aus irgendwelchen Gründen (Beruf, Privatleben) den Militärdienst verlassen möchte, wird mit den angestrebten Änderungen vermutlich den «blauen Weg» wählen, sich also aus körperlichen oder psychischen Gründen krankschreiben lassen.

Weitere Verschärfungen, unter anderem die Wiedereinführung der Gewissensprüfung, sind in parlamentarischer Diskussion. Die EVP verfolgt diese Entwicklung mit grosser Sorge. **Marc Jost**, EVP Nationalrat, bringt es auf den Punkt: **«Geht das so weiter, wird das aktuelle Parlament bald den Zivildienst auf dem Gewissen haben. Die Schweiz wird den Verlust eines wahren Erfolgsmodells beklagen müssen.»**

[juerg.schorro@evp-thurgau.ch](mailto:juerg.schorro@evp-thurgau.ch)

# Fairness-Initiative: gerechter und einfacher als die Individualbesteuerung

Die Fairness-Initiative wurde am 29.4.2024 von Mitte und EVP eingereicht mit dem Ziel, die Heiratsstrafe auf gerechte Art abzuschaffen, ohne Nachteile für Familien. Leider verzögerten Bundesrat und Parlament diese Initiative, sodass das Stimmvolk über die beiden Vorlagen zur Abschaffung der Heiratsstrafe nicht zeitgleich abstimmen konnte.

Die Fairness-Initiative verlangt eine alternative Steuerberechnung für Ehepaare. Dabei wird zusätzlich berechnet, wieviel Steuern das Paar bezahlen müsste, wenn es unverheiratet wäre. Der tiefere Betrag der beiden Varianten gilt für die Steuer-Rechnung. Damit ist die Heiratsstrafe weg, ebenso die hohen administrativen Kosten, welche die Individualbesteuerung bringen würde. Denn Ehepaare reichen wie bisher nur eine Steuererklärung ein.

Die EVP Thurgau dankt dem Thurgauer Volk, dass es die Individualbesteuerung ablehnte. Zudem hoffen wir, dass die Fairness-Initiative noch in diesem Jahr zur Abstimmung kommt und sich das Stimmvolk entscheiden kann, ob es diese faire Lösung der Individualbesteuerung vorzieht. Die Entscheidung ist trotz dem Ja vom 8.3.2026 zur Individualbesteuerung möglich, weil diese frühestens 2028 in Kraft treten würde.

[regula.streckeisen@evp-thurgau.ch](mailto:regula.streckeisen@evp-thurgau.ch)

# Aus der Bibel – ohne es zu merken

Liebe Leserin, lieber Leser

«Denn wenn Heiden (...) von Natur aus tun, was das Gesetz fordert, so sind sie, obwohl sie das Gesetz nicht haben, sich selbst ein Gesetz. Sie zeigen damit, dass ihnen das Werk des Gesetzes ins Herz geschrieben ist, ...»

Römer 2,14-15

Wie oft wünschen wir uns mehr gläubige Menschen in der Politik. Aber Hand aufs Herz: Steckt dahinter vielleicht auch Misstrauen gegenüber «weltlichen» Verantwortungsträgern? Ich kenne Menschen, welche die Regierungen in Bern, Frauenfeld oder den USA komplett abgeschrieben haben, weil sie den Menschen, die nicht an Gott glauben, pauschal eigensüchtige Wünsche und eine antichristliche Agenda unterstellen.

Die Bibel sieht das nicht so einseitig. Laut Paulus sind auch Ungläubige fähig, zu tun und zu entscheiden, was Gottes Gesetzen entspricht. Darin dürfen wir sie unterstützen, dafür sollen wir dankbar sein. Darum sollen wir an das Gute bei ihnen glauben, auch wenn nicht alles ok und gerecht ist.

Spannend übrigens, wie Josef, Esther oder Daniel ihren jeweiligen Herrschern nicht mit Misstrauen, sondern Achtung begegneten und sie dann auf dieser Grundlage mit ihren Anliegen und Werten beeinflussen konnten. Ich wünsche uns die Fähigkeit, Verantwortungsträger zu würdigen und die Spannung zwischen ihren Fehlern und ihren gerechten Seiten auszuhalten.

Michael Zingg,  
Sekundarlehrer,  
Buchautor,  
[michael.zingg@evp-thurgau.ch](mailto:michael.zingg@evp-thurgau.ch)



Perlen aus...

# der Bundes- verfassung

## Präambel

Im Namen Gottes des Allmächtigen!  
... in der Verantwortung gegenüber  
der Schöpfung ... um Freiheit und  
Demokratie, Unabhängigkeit und  
Frieden in Solidarität und Offenheit  
gegenüber der Welt zu stärken ...

## Art 2 Zweck

Die Schweizerische Eidgenossen-  
schaft ... fördert die gemeinsame  
Wohlfahrt, die nachhaltige Entwick-  
lung, den inneren Zusammenhalt  
und die kulturelle Vielfalt des Landes.

## Art 12 Recht auf Hilfe in Notlagen

Wer in Not gerät und nicht in der Lage  
ist, für sich zu sorgen, hat Anspruch  
auf Hilfe und Betreuung und auf die  
Mittel, die für ein menschenwürdiges  
Dasein unerlässlich sind.

## Art 41

Bund und Kantone setzen sich in Ergän-  
zung zu persönlicher Verantwortung  
und privater Initiative dafür ein, dass ...  
... Wohnungssuchende für sich und  
ihre Familie eine angemessene Woh-  
nung zu tragbaren Bedingungen finden  
können.

(Stand 3. März 2024)

[juerg.schorro@evp-thurgau.ch](mailto:juerg.schorro@evp-thurgau.ch)

## Impressum

### Herausgeber

EVP Kanton Thurgau,  
[www.evp-thurgau.ch](http://www.evp-thurgau.ch)



### Redaktionsadresse/Inserate

Judith Huber, 076 204 49 77,  
Weiherstr. 6, 9320 Arbon,  
[judith.huber@evp-thurgau.ch](mailto:judith.huber@evp-thurgau.ch)

### Redaktionsteam

Judith Huber (jh), Jürg Schorro (js),  
Regula Streckeisen (rs), Christian  
Stricker (cs), Michael Zingg (mz)

### Abonnement

15 Franken pro Jahr

### Bankverbindung

Postkonto 85-1721-8  
IBAN CH83 0900 0000 8500 1721 8

### Adressänderungen

[info@evp-thurgau.ch](mailto:info@evp-thurgau.ch) oder  
Redaktionsadresse

### Auflage

3'500 Exemplare  
Geht an die Mitglieder der EVP  
Thurgau und an Interessierte.

### Erscheinungsweise

vierteljährlich

### Druck

Brüggli Admedia AG, Romanshorn

Kanton Thurgau

# Grüne Güggel breiten sich aus

**Im Jahr 2015 wurden die ersten Kirchgemeinden in der Schweiz mit dem Umweltzertifikat «Grüner Güggel» ausgezeichnet. Pioniere waren katholisch Arbon, Ermatingen, Güttingen, Romanshorn, Sirnach und evangelisch Meilen ZH.**

Dass ihnen bis jetzt über 90 Kirchgemeinden und Verwaltungen gefolgt sind, wurde am 5. Oktober 2025 mit einem Jubiläumsfest in Romanshorn gefeiert. Es ist schon ein Wunder, wenn es überhaupt gelingt, in den Kirchen etwas Nachhaltiges und Notwendendes aufzubauen, das Spiritualität und Engagement verbindet.

Der Grüne Güggel überprüft systematisch die Umweltauswirkungen von Bereichen wie: Energie- und Wasserbrauch, Entsorgung, Biologische Vielfalt, Umgang mit Papier, Material, Reinigungsmittel, Emissionen, Mobilität, Einkauf, Bildung, Anlässe, Schöpfungsspiritualität, Sicherheit, Kommunikation. Das Vierjahresprogramm enthält Verbesserungs-massnahmen für gegebene und gewählte Bereiche. Manches ist leicht umsetzbar, vieles spart direkt Kosten durch weniger Ressourcenverbrauch, anderes braucht längere Prozesse. Das Zertifikat gibt es nach einer externen Prüfung. Es ist eines der besten überhaupt und erfüllt die Anforderungen des europäischen Gütesiegels EMAS. Im Thurgau sind

14 Kirchgemeinden und die kath. Landeskirche zertifiziert. Der grüne Güggel wird ermöglicht durch die Thurgauer Landeskirchen, oeku Kirchen für die Umwelt, beteiligte Gemeinden, Kanton Thurgau, viel freiwilliges Engagement und steht allen christlichen Gemeinden offen.

**Mitwirkende motiviert, dass sie konkret die Schöpfung und unsere Lebensgrundlagen schützen.** Sie freuen sich, dass ihr grosser Einsatz nah und fern sehr wirksam ist und einen schöpfungsfreundlichen Lebensstil fördert. **Der Glaube an den Schöpfer trägt sichtbare Früchte.**

**Zum Jubiläumsfest:** <https://www.kathromanshorn.ch/angebote/bewahrung-der-schoepfung-/-foerderung-der-nachhaltigkeit/gruener-gueggel/>

**Kontakt:** Gaby Zimmermann, Theologin, Umweltberaterin kirchliches Umweltmanagementsystem Grüner Güggel, [gaby.zimmermann@kathromanshorn.ch](mailto:gaby.zimmermann@kathromanshorn.ch) Tel. 071 460 17 76



## Kirche und Politik – Ein spannungsvolles Verhältnis

### Podiumsdiskussion

**Gäste:** Manuel Strupler, Nationalrat SVP, Christina Aus der Au, Präs. des Kirchenrates der Evang. Landeskirche Thurgau, Joel Beck, Jungfreisinnige Thurgau, Mathias Dietz, Kantonsrat EVP

**Moderation:** Ladina Spiess, ehemals Moderatorin Radio SRF 1

**Dienstag, 26. Mai, 19.30 Uhr**  
**Rathausaal, Weinfelden**

Nähere Infos unter [www.tecum.ch](http://www.tecum.ch)

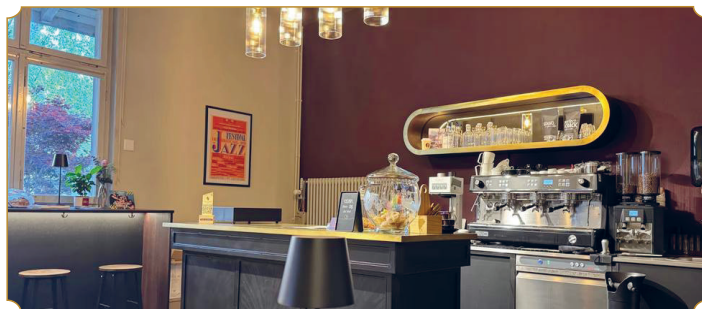


GLÄRNER  
KAFFEE

### ÖFFNUNGSZEITEN AB 1 APRIL

Mi:	9.00 – 11.00
	14.30 – 19.00
Do:	9.00 – 11.00
Fr:	9.00 – 11.00
	16.00 – 19.00
Sa:	9.30 – 19.00

Stadtkaserne, Bahnhofplatz 80, 8500 Frauenfeld  
[WWW.GLARNER.CH](http://WWW.GLARNER.CH)



## Religiöse Symbole in der Schule

### Agenda

## Termine

**Fr. 8. Mai 2026, 19:30**

EVP Stadt Arbon, Stamm,  
Restaurant Harmonie.

**Sa. 9. Mai 2026, 9:30-16:00**

EVP Frauen Schweiz,  
Frauentagung, Zürich.

**Mo. 11. Mai 2026, 19:00**

EVP Frauenfeld, Ord. MV + Parolen-  
fassung Casino, Ort noch offen.

**Mo. 25. Mai 2026, 10:30**

Pfingstmontag, EVP Bezirk Münch-  
wilen, «Walk and Talk», Treffpunkt  
PP Grillstelle Bühl, Braunau;  
Getränke und Spiele sind vorhanden,  
Grillgut bitte selber mitbringen.

**Di. 26. Mai 2026, 19:30**

www.tecum.ch  
Podiumsdiskussion «Kirche und  
Politik – Ein spannungsvolles  
Verhältnis», Rathausaal, Weinf-  
elden (siehe Inserat).

**Fr. 29. Mai 2026, 19:30**

EVP Bezirk Kreuzlingen, JV, Ort  
wird noch bekannt gegeben.

**Sa. 27. Juni 2026, 9:30**

DV EVP Schweiz, voraussichtlich  
online.

**Fr. 31. Juli 2026, ca. 18:30**

EVP Stadt Arbon, 1.-August-Rede  
von EVP NR Marc Jost.

**Di. 25. August 2026, 19:00**

EVP Frauenfeld, MV, Rathaus  
Frauenfeld.

JV = Jahres-, DV = Delegierten-,  
PV = Partei-, MV = Mitglieder-  
versammlung

Zu allen Anlässen sind Gäste  
herzlich willkommen.

Weitere Informationen auf:  
[www.evp-thurgau.ch](http://www.evp-thurgau.ch)



Spende für EVP Thurgau  
**Herzlichen Dank!**

### Vorläufige Meinung zur Motion «Klärung der Zulässigkeit religiöser und politischer Signale durch Kleidung und Accessoires bei Lehrpersonen an öffentlichen Schulen»

Vergangene Woche musste ich bei einer Poststelle einen Brief abgeben. Weil ich nicht sicher war, ob die Frankierung fürs Gewicht des Briefes ausreichte, habe ich den Schalter aufgesucht. Hinter dem Schalter stand eine Frau mit Kopftuch. Ich erschrak ein wenig über meine spontane Reaktion, denn innerlich stellte ich schon auf Hochdeutsch. Gleichzeitig fragte ich mich, ob das Arbeiten bei der Post mit Kopftuch erlaubt sei. Die Frau begrüßte mich mit einem sehr freundlichen «Grüezi» und stellte fest: «Dä Brief isch ganz korrekt frankiert und nöd z'schwer.» – In perfektem Schweizerdeutsch. Ich ärgerte mich über meine Vorurteile und fragte mich, weshalb ich so geprägt bin.

Im Grossen Rat wurde kürzlich eine Motion eingereicht mit dem Titel: «Klärung der Zulässigkeit religiöser und politischer Signale durch Kleidung und Accessoires bei Lehrpersonen an öffentlichen Schulen». Die Motion verlangt, dass Lehrpersonen und weiteren Personen, die im Klassenverband arbeiten (z.B. Unterrichtsassistenten), das Tragen auffälliger religiöser und politisch motivierter Kleidung und Accessoires untersagt wird. So sei das Kopftuch oder die Kippa als deutliches Symbol für eine bestimmte Religion auszulegen und somit als direkte Beeinflussung einzustufen. Das Tragen kleinerer Zeichen, wie beispielsweise Kettchen, welche mühelos unter der Kleidung verborgen werden können, würde weiterhin zugelassen.

Wir Kantonsrätinnen und Kantonsräte der «religiösen Wertepartei» werden gefordert sein.

Unsere Ansichten, unsere Meinungen und Äusserungen im Grossen Rat werden gerade zu diesem Thema Gewicht haben. Es ist deshalb wichtig, dass wir uns rechtzeitig auf die Diskussion vorbereiten und eine Meinung bilden können. Bevor wir uns mit dem Geschäft im Grossen Rat beschäftigen, werden wir die Antwort des Regierungsrates auf das Motionsanliegen erhalten. Es werden dann wohl auch Vergleiche mit anderen Kantonen und vorhandene Bundesgerichtsurteile gezogen. Danach gilt es, (diesbezüglich) einen «Thurgauer Weg» zu beschliessen.

Wie bei vielen Themen, die wir im Grossen Rat behandeln und bei denen es um Wertvorstellungen geht, gibt es für mich kein Schwarz oder Weiss, sondern auch Grautöne und oft eine vielfältige Farbenpalette. Wie ich eingangs erwähnt habe, reagiere ich manchmal empfindlich auf offensichtliche Zeichen der religiösen Zugehörigkeit. Da will ich gerne objektiver und reflektierter werden. Gerade in einer pluralistischen Gesellschaft kann auch ich lernen, Unterschiede nicht als Bedrohung zu sehen, sondern als Einladung zur Begegnung. **Ich glaube, es sind insbesondere unsere christlichen Werte wie Barmherzigkeit und Gerechtigkeit, die uns lehren, nicht nach dem Äusseren zu urteilen, sondern nach dem Herzen eines Menschen.** Wer diese Werte ernst nimmt, erkennt: Es ist wohl nicht das Kreuz oder das Kopftuch, welche am Schluss wirksam sind, sondern die Haltung, mit der jemand lebt und lehrt.

Stand heute will ich es akzeptieren, wenn eine muslimische Lehrerin ihr Kopftuch und ein jüdischer Lehrer seine Kippa selbstgewählt als Ausdruck der Spiritualität und moralischen Verantwortung tragen. Ich denke nicht, dass wir Religion unsichtbar machen müssen, kann aber auch gut nachvollziehen, dass diese klaren religiösen Zeichen andere Reaktionen auslösen können. Ich bin gespannt auf die weitere Diskussion und lasse auch gerne meine Meinung hinterfragen.

**Mathias Dietz, Kantonsrat EVP**

